

Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung am 15.Oktober 2022

Nicht mit uns! Wir frieren nicht für Profite!

DIE LINKE. Gotha unterstützt den heißen Herbst und macht ihn auch zu einem solidarischen Herbst. Die Gaskrise verschärft sich und die Bundesregierung macht große Ankündigungen, ohne konkrete Ausgestaltung. Dadurch wird die Unsicherheit nicht beseitigt und es drohen die schlimmsten sozialen Verwerfungen seit Jahrzehnten.

Mehrere Jahrzehnte neoliberaler Politik haben unsere Gesellschaft vielfach sozial, kulturell und wirtschaftlich gespalten: 13,4 Millionen Menschen leben mittlerweile in Armut, während die 100 reichsten Deutschen 619,2 Milliarden Euro Vermögen haben. Das ist fast das Doppelte des Haushaltes der Bundesrepublik in 2020. Die Kinder- und Altersarmut ist gestiegen, vor allem im Osten. Corona hat diese Spaltung verschärft und deutlich gemacht, dass Gesundheit keine Ware sein darf und gezeigt, dass vor allem auch viele Menschen, die für diese Gesellschaft systemrelevant sind, zu schlecht bezahlt und behandelt werden. Die Pandemie hat offenbart, dass wir mehr Gerechtigkeit leben und denken müssen.

Das geringe Lohnniveau ist auch der Grund, warum die Menschen bis in die mittleren Einkommensgruppen die gestiegenen Energiepreise nicht schultern können. Hier muss der Staat eingreifen und kann es nicht dem Markt überlassen. Behauptungen, ein Gaspreisdeckel würde nicht genug Sparanreize setzen, sind zynisch denen gegenüber, denen schon lange nichts anderes übrig bleibt, als so viel zu sparen wie nur geht. Sie können ihren Energieverbrauch nicht weiter reduzieren und sind somit gezwungen, bei steigenden Energiepreisen an anderer Stelle zu sparen, was wiederum andere Bereiche der Wirtschaft, wie z.B. die Gastronomie, schwächt.

Wir lassen uns nicht von neoliberalen Mythen bremsen. Die Schulden, die jetzt aufgenommen werden, treiben nicht die Inflation, sondern verringern sie für die Menschen. Tankrabatt und 9-Euro Ticket sind konkrete Beispiele dafür. Es ist wichtiger, in die Zukunft zu investieren, in Bildung, Infrastruktur und erneuerbare Energien, anstatt unseren Kindern weniger Schulden zu hinterlassen.

Wir sind uns bewusst, dass schnelle staatliche Hilfe nicht auch noch absolut zielgenau sein kann. Dies nehmen wir in Kauf, um schnelle Hilfe zu ermöglichen. Nicht jede Hilfe kann progressiv gestaltet werden. Deshalb halten wir an zusätzlichen Forderungen wie Übergewinnsteuer,

Vermögensabgabe, reformierter Erbschaft und Vermögensteuer als geeignetere Mittel für Umverteilung und sozialen Ausgleich fest.

Wir fordern:

1. Weitere direkt ausgezahlte Entlastungen an Menschen mit geringen und mittleren Einkünften. 125 Euro pro Monat pro Haushalt + 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied bei niedrigen / mittleren Einkommen.
2. Einen angemessenen und für Verbraucher wirksamen Gaspreisdeckel, der ein Grundkontingent absichert, damit sich die Menschen das Heizen noch leisten können.
3. Gesetzliche Regelungen, die Strom- und Gassperren verhindern. Lippenbekenntnisse der Politik interessieren die Wohnungskonzerne und Lieferanten nicht.
4. Eine Mietpreisbremse, denn Wohnen muss bezahlbar sein. Nicht nur die Energiepreise sind ein Problem, auch Wohnungsunternehmen versuchen im Zuge der Inflation die Preise zu erhöhen, um ihre fetten Gewinne zu schützen.
5. Durch massive Investitionen den Ausbau erneuerbare Energien zu beschleunigen und ein Ausbildungsinitiative in den beteiligten Branchen zu starten, um unabhängig zu werden von teuren fossilen Importen aus Diktaturen und Autokratien und um wirksam Klimaschutz umsetzen zu können.
6. Genau wie der Gesundheitssektor gehört auch der Energiesektor zur Daseinsvorsorge für die Menschen. Daher muss der Energiesektor verstaatlicht werden, um für bezahlbare Preise zu sorgen, Gewinne nicht an Aktionäre auszuzahlen, sondern sinnvoll zu investieren und die Bürger an der Energiewende zu beteiligen.
7. Verlängerung des 9-Euro-Tickets. Es muss Schluss sein mit einem Tarifschunzel und Preisen, die öffentliche Verkehrsmittel unattraktiv machen. Die entstehenden Kosten dürfen nicht zulasten des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs gehen.

Unsere Ziele können wir nur gemeinsam und solidarisch erreichen. Es braucht ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Vereinen, NGOs usw., mit denen wir demonstrieren wollen. Teilweise sind schon Erfolge zu sehen. Die Abschaffung der Gasumlage wurde erreicht und auch die Gaspreisbremse geht in die richtige Richtung. Das dritte Entlastungspaket kam erst nach großen Protesten. Daher müssen wir weiterhin Druck machen - mit allen uns zur Verfügung stehenden Mittel.